

1. Einleitung

Als sich am 1. September 2024 in Sachsen die Wahllokale schlossen, hatten eindrucksvolle 74,4 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme zur Landtagswahl abgegeben – eine Rekordbeteiligung seit der Wiedervereinigung. Zehn Jahre zuvor hatte nicht einmal jeder Zweite, gerade einmal 49,1 Prozent, an der Landtagswahl teilgenommen. Was auf den ersten Blick wie ein großer Erfolg der parlamentarischen Demokratie anmutet, entpuppt sich bei genauerem Hinsehen als Ausdruck einer tiefliegenden und weitreichenden politischen Krise, die kurzfristig mobilisieren konnte, aber langfristig zur Gefahr für die demokratische Gesellschaft werden könnte.

Spätestens mit der Wahl in Sachsen sowie zeitgleich in Thüringen und drei Wochen später in Brandenburg entbrannte in Deutschland eine intensive Debatte über die Zukunft der Demokratie, angeheizt durch das starke Abschneiden der Alternative für Deutschland (AfD) und den Einzug des Bündnisses Sahra Wagenknecht (BSW) in alle drei Landtage. Im Falle Sachsens hatten sich am 1. September deutlich über 40 Prozent für Parteien entschieden, die sich bewusst als Gegenentwurf zu den bestehenden Parteien bzw. zum politischen System insgesamt inszenieren und den Eindruck erwecken, nur sie könnten das Volk vertreten. Die in den westlichen Bundesländern seit langem etablierten Parteien haben bislang keine wirksame Antwort darauf gefunden, wie sie Wählerinnen und Wähler in Ostdeutschland (zurück-)gewinnen können.

Jenseits politischer Positionen, die im Falle der AfD Grundwerte liberaler Demokratien und im Falle des BSW die Westbindung in Frage stellt, kommt darin ein tiefgehendes Misstrauen gegenüber »der« Politik zum Ausdruck und zugleich gegenüber »den« Medien, den zentralen Informationsquellen, durch die die Bürgerinnen und Bürger politische Ereignisse und Entscheidungen wahrnehmen und interpretieren. Das Misstrauen gegenüber dem

professionellen Journalismus spitzt sich unter dem Schlagwort »Lügenpresse« zu, das seine Prominenz nicht zuletzt der Verwendung als Parole auf den Pegida-Demonstrationen in Dresden (2014-2024) zu verdanken hat (vgl. Beiler & Kiesler 2018). Durch dieses Misstrauen wird die Funktion der Medien als Vermittler von Informationen, Anbieter von Meinungen und als »Vierte Gewalt« immer stärker in Frage gestellt, während sie aufgrund veränderten Mediennutzungsverhaltens im digitalen Strukturwandel der Öffentlichkeit ohnehin unter großem Veränderungsdruck stehen.

Mit Unverständnis und Ratlosigkeit blicken Politik und Medien auf den gesamten »Osten«. Gleichzeitig widmen sich immer mehr Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Frage, warum gerade in Ostdeutschland die Kluft zwischen Politik, Medien und einem großen Teil der Bevölkerung stetig wächst. Der Soziologe Steffen Mau beschreibt in seinem jüngsten Buch »Ungleich vereint«, wie die »Phantomgrenze« (Mau 2024: 18) zwischen Ost und West weiterhin das Land durchzieht. Diese Trennung hat laut Mau dazu geführt, dass viele Ostdeutsche das Gefühl haben, auch Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung nicht gleichwertig behandelt zu werden – sei es wirtschaftlich, politisch oder in der medialen Wahrnehmung. Der Literaturwissenschaftler Dirk Oschmann warnt in seiner Streitschrift »Der Osten: eine westdeutsche Erfindung«, dass das Vertrauen in die Demokratie weiter schwinden könnte, sollten diese gesellschaftlichen Risse nicht überwunden werden (vgl. Oschmann 2023: 199). Ähnlich alarmierend äußert sich der ehemalige sächsische Landrat und Journalist Dirk Neubauer, der die Politik 2024 nach eigenen Aussagen aufgrund der allgemeinen gesellschaftlichen Stimmung, der Bedrohungslage gegen seine Person und seine Familie sowie überbordender Bürokratie enttäuscht verließ. In seinem Buch »Rettet die Demokratie!« mahnt er: »Zwischen Politik und Menschen klafft ein Graben, der immer tiefer wird« (Neubauer 2021: 8).

Dabei hat sich hier offenbar schon seit Längerem etwas zusammengebraut: Angesichts immer neuer Krisen, von der Fluchtkrise von 2015/16, über den Krieg Russlands gegen die Ukraine bis hin zum Klimawandel und der Corona-Pandemie, tut sich für viele Menschen, gerade auch in Ostdeutschland, zunehmend ein tiefer Graben gegenüber Eliten auf, die diese Krisen managen oder doch zumindest erklären sollten. Für das Verständnis der Verwerfungen, die unsere Demokratie herausfordern, ist jedoch das Vertrauen in politische und journalistische Akteure – so unsere Annahme im Rahmen dieser Studie – ein zentraler Baustein, den es näher zu beleuchten gilt.

Wenn es um schwindendes Vertrauen geht, wird prototypisch für Ostdeutschland immer wieder das Bundesland Sachsen herangezogen. So gelang der NPD hier 2004 nach über dreißig Jahren erstmals wieder der Einzug in ein deutsches Landesparlament. 2014 war Sachsen das erste Bundesland überhaupt, in dem die AfD, nach ihrer Gründung erst ein Jahr zuvor, in den Landtag gewählt wurde. Prominente Persönlichkeiten der AfD kamen und kommen aus dem sächsischen Landesverband, so die frühere Parteivorsitzende Frauke Petry, der aktuelle Parteivorsitzende Tino Chrupalla sowie der Spitzenkandidat der AfD zur Europawahl 2024, Maximilian Krah. Die beständigen Wahlerfolge der AfD im Freistaat, die sich in den letzten Jahren in Sachsen zur stärksten Kraft bei der Bundestagswahl 2021 bzw. zweitstärksten Kraft bei der Landtagswahl 2024 entwickeln konnte, werfen ein eindringliches Licht auf das politische Vertrauen: Viele Wähler fühlen sich von den etablierten Parteien nicht mehr vertreten – was das Misstrauen in die politische Elite verstärkt, aber auch die Skepsis gegenüber den Medien, den Journalistinnen und Journalisten intensiviert, die sich dem Vorwurf ausgesetzt sehen, nicht die Wahrheit zu berichten. An dieser Annahme entzündete sich ein zutiefst pressefeindliches Klima. Negativer Spitzenreiter ist auch hier Sachsen. So häufig wie in keinem anderen Bundesland wurden im Freistaat Journalistinnen und Journalisten bei Demonstrationen, Versammlungen und Veranstaltungen beleidigt, in ihrer Arbeit gestört und sogar körperlich angegriffen (vgl. Peltz et al. 2024: 13).

Umfragen bestätigen, dass das Vertrauen in Politik und Medien in Sachsen im Vergleich zu anderen Regionen Deutschlands besonders niedrig ist und gesellschaftliche Debatten zeigen, dass der Journalismus und die Politik seit einigen Jahren verstärkt unter der kritischen Beobachtung größerer Teile der sächsischen Bevölkerung stehen.

Dies alles sind Argumente, sich das Vertrauen oder Misstrauen der sächsischen Bevölkerung in Institutionen der demokratischen Gesellschaft näher anzusehen und Beobachtungen, Bedürfnisse und Interessen der Bürgerinnen und Bürger in Bezug auf Journalismus und Politik zusammenzutragen. Zugleich vermuten wir, dass die zugrundeliegenden Probleme in ihrem Kern alles andere als nur für Sachsen typisch sind, auch wenn sie sich hier gerade besonders stark zeigen. Denn bei der sich selbst verstärkenden, ständig wiederholten Fokussierung auf Sachsen und ganz Ostdeutschland wird unterschlagen, dass auch die jüngsten Landtagswahlen 2023 in Hessen und Bayern verstärkten Zuspruch für die AfD zeigten. Für das neue BSW

wird die Bundestagswahl 2025 der Lackmustest sein. Es ist nicht auszuschließen, dass »der Osten« nur der Vorreiter einer schleichenden Abkehr von der liberalen Demokratie ist, wie Tendenzen anderswo in Europa und den USA bereits andeuten.

Unsere Studie beleuchtet am Beispiel Sachsens die Wurzeln dieses Vertrauensverlusts in Journalismus und Politik. In Gesprächen mit 61 Bürgerinnen und Bürgern im ganzen Freistaat – vom Erzgebirgsdorf bis zur Universitätsstadt – fragten wir nach ihren Wahrnehmungen, Einstellungen und Wünschen gegenüber Politik und Medien. Dieser sehr breit aufgestellte qualitative Zugang ermöglicht, über die reine Beschreibung fehlenden Vertrauens und dessen Folgen hinaus zu gehen. Das vielschichtige Bild, das wir daraus zeichnen können, gibt tiefe Einblicke nicht nur in die sächsische, sondern auch in die gesamtdeutsche Vertrauenskrise und liefert möglicherweise Ansatzpunkte zu einem neuen Umgang damit.

Wir beginnen unsere Darstellung mit einer Einführung zu den Begriffen »Vertrauen« und »Misstrauen«, bevor eine Übersicht zu quantitativ-standardisierten Studien zum Medienvertrauen in Deutschland folgt (Kapitel 2). Dabei betrachten wir auch, welche Ursachen für ein geringes Vertrauen in Medien bislang gefunden wurden, sowie Studien, die eine Typologisierung medienskeptischer Personen vornehmen. Im Anschluss stehen Umfrageergebnisse zum Vertrauen in politische Institutionen und in die Demokratie sowie die jeweils angenommenen Ursachen im Zentrum. Nach der Ableitung unserer Forschungsfragen wird der Freistaat Sachsen als Untersuchungsregion in den Fokus gerückt (Kapitel 3). An dieser Stelle skizzieren wir die wesentlichen historischen, politischen, sozialen und kulturellen Rahmenbedingungen des Bundeslandes, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf die aktuellen Entwicklungen und Transformationen seit der Friedlichen Revolution 1989 und der Wiedergründung Sachsens als Freistaat im Jahr 1990 gelegt wird. Im weiteren Verlauf wird die methodische Herangehensweise der Studie erläutert (Kapitel 4), bevor die Ergebnisse der Gespräche mit den Bürgerinnen und Bürgern ausführlich dargestellt werden. Anhand dieser Ergebnisse ziehen wir schließlich ein Fazit (Kapitel 5) und präsentieren einige Gedanken, die aus unserer Sicht dazu beitragen könnten, verlorenes Vertrauen bei den Menschen in Sachsen und darüber hinaus zurückzugewinnen.

Dank

Die Idee für die vorliegende Untersuchung wurde an der Universität Leipzig entwickelt. Deren Umsetzung wurde möglich durch eine Förderung des Staatsministeriums für Wissenschaft, Kultur und Tourismus des Freistaats Sachsen. Wir danken dem ehemaligen Prorektor für Entwicklung und Transfer der Universität Leipzig, Prof. Dr. Thomas Lenk, sowie dem gesamten Team des Zentrums Journalismus und Demokratie (JoDem) und des Lehr- und Forschungsbereichs Journalismus am Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft der Universität Leipzig, dabei vor allem Jun.-Prof. Dr. Vera Katzenberger, Juliane Pfeiffer, Christopher Pollak, Frederik Damerau, Milena Scheller, Mascha Leonie Lang, Alexandra Hilpert, Dariush Movahedian, Jakob Steiner, Nick Stütz sowie Cornelia Böhland.

